

30.11.2011 - 09:15 Uhr

Christian Solidarity International schlägt Alarm: Drohender Genozid an religiösen Minderheiten

Washington/München/Zürich (ots) -

Die Menschenrechtsorganisation Christian Solidarity International (CSI) hat heute gegenüber Politikern in den USA, in Deutschland und in der Schweiz eine Genozid-Warnung herausgegeben. In den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens sind Bedingungen entstanden, die für dort lebende religiöse Minderheiten eine akute und lebensbedrohliche Gefahr darstellen.

CSI hat heute vor einem drohenden Genozid an religiösen Minderheiten im Nahen und Mittleren Osten gewarnt. Mit Schreiben an US-Präsident Barack Obama, den deutschen Aussenminister Guido Westerwelle und Bundesrätin Micheline Calmy-Rey fordert CSI dazu auf, in der politischen Bewertung des sogenannten "Arabischen Frühlings" besonders auf das Schicksal von religiösen Minderheiten in der Region zu achten. Mit einer speziellen Petition fordert CSI den US-Präsidenten dazu auf, in seiner bevorstehenden Rede zur Lage der Nation die gegen Minderheiten zutage tretenden Völkermord-Tendenzen zu thematisieren.

Nach Einschätzung von CSI stehen mehrere Millionen Menschenleben und die Zukunft einer bisher von religiösem Pluralismus geprägten Gesellschaft im Nahen und Mittleren Osten auf dem Spiel. Zu den bedrohten Minderheiten gehören unter anderem Christen, Juden, Baha'i, Jesiden, Sabäer und Ahmadis.

Faktoren, die das Risiko eines Genozids in der geschichtlichen Erfahrung begünstigen, sind in der Region zwischen Marokko und Pakistan in unterschiedlichem Ausmass vorhanden. Akut gefährdet sind nichtmuslimische Glaubensgemeinschaften im Irak, Iran und Sudan, in Syrien, Ägypten, Pakistan und in den palästinensischen Gebieten. Schon zu Jahresbeginn warnten der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy und der ehemalige Präsident des Libanons, Amin Gemayel, vor der sich abzeichnenden Gefahr.

CSI fordert die adressierten Politiker eindringlich dazu auf, sich für folgende Massnahmen einzusetzen:

1. Aufforderung an den UNO-Generalsekretär, eine Genozid-Warnung herauszugeben und Präventivmassnahmen auf der Grundlage von Resolution 1366 des UN-Sicherheitsrates zu ergreifen;
2. Subventionen für den Demokratisierungsprozess in der Region an Bedingungen zu knüpfen, die auf eine Überwindung des islamistischen Überlegenheitsdenkens zielen;
3. Organisationen, welche die religiöse Diskriminierung vor Ort begünstigen, keinerlei Hilfsgelder mehr zur Verfügung zu stellen.

CSI ist eine christliche Menschenrechtsbewegung für Religionsfreiheit und Menschenwürde.

Weitere Infos: www.csi-schweiz.ch/medienbericht_111130

Christian Solidarity International (CSI) ist eine christliche Menschenrechtsorganisation für Religionsfreiheit und Menschenrechte.
www.csi-schweiz.ch

Kontakt:

Benjamin Doberstein, CSI-Geschäftsführer
Tel.: +41/44/982'33'33

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100007062/100709155> abgerufen werden.